

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erschint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8.— Mk. — Einzeln: die dreispaltige Beilage 2.— Mk., Landes- und Versammlungsangelegen die Beile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 16. bis 22. Januar 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 4 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Siegen i. Westf. hat von der zweiten Beitragswoche ab den Lokalbeitrag von 20 Pf. auf 50 Pf. wöchentlich erhöht.

Die Erhöhung des Ortsbeitrages auf 20 Pf. beschloß die Mitgliedschaft der Zahlstelle Hamm i. Westf. von der vierten Beitragswoche ab.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
F. A. C. Bucher, 1. Vorst.

Krebszellen

Der Richtungsstreit in den Gewerkschaften, der sofort mit der Revolution begann und seitdem in beständiger Form fortgesetzt wurde, ist nach dem Eingreifen der russischen Kommunisten in die inneren Angelegenheiten der deutschen und westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung in ein neues Stadium getreten. Beschränkte sich vorher die Opposition in den Verbänden mehr darauf, die Politik der Gewerkschaften in sich — wie man sich ausdrückte — revolutionäres Fahrwasser zu bringen und tat man dabei, als ob bis dato die Verbandseleitungen alles zur wirtschaftlichen und politischen Aufklärung und Erleuchtung der Mitglieder Notwendige überhaupt verfaßt hätten, so ist das jetzt mit Hilfe der Moskauer gesteuerte Ziel: die Ueberführung der gewerkschaftlichen Organisationen in die kommunistische Partei, die nach dem bekannten von Lenin diktierten Theesen unter dem Zwange und der Befehlsgehalt der russischen Diktatoren steht.

Gegen diesen Plan der Kommunisten, die Gewerkschaften zu Organen „des revolutionären Kampfes für den Kommunismus“ umzubilden, haben sich bereits in allen Organisationsstellen die Mitglieder energisch zur Wehr gesetzt. Schon in Nr. 43 der „Solidarität“ des vergangenen Jahres wurde den Mitgliedern eine kleine Kausale aus verschiedenen Gewerkschaftsblättern vorgelegt, die sich alle gegen die kommunistischen Zellen wenden und darauf hinweisen, daß durch die Agitation und Ministerarbeit der sich revolutionär nennenden Elemente nicht etwa ein Erfolg für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft sich ergebe, sondern bei den verschiedenen politischen Auffassungen der Arbeiterschaft, die einzig und geschlossen nur noch im wirtschaftlichen Kampf von den Gewerkschaften umfaßt wird, die Spaltung und damit Zerschörung auch dieser Organisationen das Endergebnis des Treibens der Kommunisten sein würde.

Als zum Jahresabschluss haben verschiedene Organisationsstellen zu dieser mit allen tauglichen und untauglichen, anhängigen und unanhängigen Mitteln geführten Agitationsaktion Stellung genommen. Ueber den Beschluß des Rates im Buchhändlerverband ist in Nr. 43 der „Solidarität“ berichtet worden. Die Eisenbahner, der Metallarbeiter- und Textilarbeiterverband haben gegen die von Moskau ausgehenden Treibererlen in den Gewerkschaften entschieden. Alle Gewerkschaften und deren Innungen sind sich der Gefahren bewußt, die in den von der Moskauer Internationale herausgegebenen Richtlinien für die Arbeit der Kommunisten in den Organisationsstellen liegen. In Punkt 9 dieser Leitlinie heißt es:

„Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angegehört wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

Durch diese Bestimmung ist klar ausgedrückt, welchen Zweck die Gewerkschaften dienbar gemacht werden

soollen. So wie die „Zellen“ sollen auch die Verbände der Gesamtpartei, der kommunistischen natürlich, untergeordnet sein, so daß die Selbständigkeit der Gewerkschaften damit aufhört und sie in Abhängigkeit oder überhaupt unter das Kommando der Moskauer Gewerkschaften gebracht werden. Was durch die Moskauer Bestimmungen den Mitgliedern der kommunistischen Partei vorgeschrieben ist, steht auch im Einklang mit den Entschlüssen, die auf den verschiedenen Mitgliederversammlungen dieser Partei angenommen wurden. Schon immer betrachteten sich die Kommunisten nicht etwa der Gesamtmittelschaft des Verbandes, dem sie angehörten, verantwortlich, sondern sie stellten sich bei ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften unter Kontrolle ihrer Parteileitung, die wiederum genaue Befehle von Moskau empfing. Ständig führen diese Leute das große Wort im Munde, nur der Wille der Masse sei ausschlaggebend, ihm müsse Rechnung getragen werden, in Wirklichkeit aber erheben sie bei allen Mehrheitsbeschlüssen, die gegen sie entscheiden, ein großes Geschrei über die urteilslose, indifferente und gegenrevolutionäre Gesellschaft und versuchen durch eine mit den verwerflichsten und unsaubersten Mitteln betriebene Propaganda die Ausführung dieser Beschlüsse unmöglich zu machen.

Allgemein beliebt ist bei ihnen die Verunglimpfung der leitenden Personen der Gewerkschaften, der sogenannten Gewerkschaftsböden, indem sie auf die niedrigen Instinkte des Menschen spekulieren, Neid, Mißgunst, Selbstsucht des einzelnen wachrufen, vor keiner Lüge, Verdrehung und Verächtlichmachung zurückzuführen und getreu nach dem Gebot ihres russischen Papstes Lenin handeln, der ihnen den Gebrauch von illegalen Mitteln, List, Verschlagenheit und Lüge zur Pflicht gemacht hat.

Anlässlich des freigebergschaftlichen Betriebsräte-Kongresses und des Parteitagess der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei haben sich russische Sendboten der deutschen Arbeiterpartei vorgestellt und das Geschrei, das ihnen nach internationaler Gepflogenheit gewährt wurde, in der Weise mißbraucht, daß sie die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit beschimpften und belächelten. Sie bezeichneten die deutschen Gewerkschaftsorganisationen, die der Antierdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, als gelbe Verbände und ihre Führer als Verräter der Arbeiterklasse, als Hausrecht und Kalaien der Unternehmer, die deren Geschäfte besorgen. Das heißt, sie stellten die deutschen freien Gewerkschaften auf eine Stufe mit den berüchtigten Streikbrecherorganisationen, verglichen die deutschen Arbeiter mit jenen unsauberen Elementen, die heimtückisch und feige ihren um wirtschaftliche Freiheit und Menschenrechte kämpfenden Klassengenossen in den Rücken fallen. Es gibt für einen ehrlichen Arbeiter keine größere Beschimpfung. Diese infamen Beschimpfungen können uns jedoch nicht treffen, da sie von Leuten ausgehen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihrem Wesen und ihrer Entwicklung unmöglich kennen und begriffen haben. Das Vorgehen dieser Leute zeigt aber, daß sie zur Erreichung ihrer Ziele wirklich kein Mittel unversucht lassen, um das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Organisationen zu erschüttern und sich als das große Räuber hinzustellen, durch das man es mit einem Schläge fertig bringt, sozusagen über Nacht den Kapitalismus aus dem Sattel zu heben. Die Erfahrungen und Erfolge der russischen Heilsapostel in ihrem eigenen Lande zeigen wahrlich nicht zur Abseinerung. Genosse Prigorjan macht im „Korrespondent“ sehr interessante Ausführungen über die russischen Gewerkschaften, die sich nach Ansicht der Kommunisten die westeuropäischen Arbeiter zum Muster nehmen sollen. Er sagt da: „Man braucht nur die bolschewistischen Zeitungen zu lesen, um zu wissen, daß es in Sowjetrußland keine Gewerkschaftsbewegung, kein Gewerkschaftsleben gibt. Die Bolschewiki sagen, sie brauchen keine Gewerkschaften; Rußland sei ein sozialistischer Staat. Schön! Dann soll man auch nicht im Auslande blaue Nummern erzählen von den Gewerkschaften, die gar nicht existieren, trotzdem die Lohnarbeit nicht abgelassen ist. Die Leute verfahren aber anders. Sie entfalten eine Propaganda, um ihre „Gewerkschaften“ zu verherrlichen, zöhlen genau auf, was sie alles tun oder tun können (auf dem Papier oder in der Phantasie), welche Macht sie besitzen usw. usw. Wenn man sie aber darauf aufmerksam macht, daß ihre mehr oder weniger autoritativen Organisationen keine Gewerkschaften sind, dann sind sie empört. „Im sozialistischen Staate dürfen die Gewerkschaften nicht das sein, wozu sie eigentlich geschaffen sind.“ Unsere Auffassung demgegenüber ist die: die Gewerkschaften sind immer Organe der Arbeiter und niemals Organe der Staatsgewalt. Sind sie aber

letzteres geworden, so kann es sich um alles andere handeln, nur nicht um Gewerkschaften. Also sind die sowjetrußischen Gebilde — keine Gewerkschaften.“

Wer nun aber glaubt, daß die Sowjetrepublik wirklich ein vollkommen sozialistischer Staat ist, in dem es keine Lohnsklaverei mehr gibt, der ist gewaltig im Irrtum. Allerdings haben die russischen Diktatoren den eigenen Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet, aber an dessen Stelle sich ausländische Kapitalisten ins Land geholt, die sich die Ausbeutung ihrer Arbeiter gleich ausgemacht und von den russischen Machthabern auch zugesprochen erhalten haben. Die rein kommunistische Regierung sichert ausländischen Kapitalisten das Exportrecht und im breiten Umfang Handelsprivilegien zu und schließt mit diesen Unternehmern langfristige Verträge ab. Sie garantiert diesen Kapitalisten, daß ihre Unternehmungen weder nationalisiert noch konfiskiert oder requiriert werden sollen. „Der Konzeptioner erhält das Recht, Arbeiter und Angestellte für seinen Betrieb anzuwerben.“ Nur den Arbeitslocher der Sowjetrepublik oder spezielle Verträge soll er wahren, die Leben und Gesundheit der Arbeiter und Angestellten sichern. Das tun dieselben Leute, die die deutschen Arbeiterführer als Verräter beschimpfen, weil sie das nicht können, wozu die Bolschewistenregierung selbst außerhande ist. Sie ebnen in Rußland dem Kapitalismus den Weg und bieten dem Unternehmertum in den anderen Ländern, vornehmlich in Deutschland, dadurch, daß sie drauf und dran sind, die Gewerkschaftsorganisationen, das feste Bollwerk gegen den Kapitalismus, zu zerstören. Ihre Krebszellen, die die Aufgabe haben, die Gewerkschaften zu Organen des Kommunismus umzuformen, sind wahrhaftig eine gegenrevolutionäre Geißel, weil sie letzten Endes die Geschäfte des organisierten Unternehmertums besorgen.

Ueber die schädigende Tätigkeit der überabulanten Phrasenredner und Schwärmer, die sich in der Hauptsache in Versammlungen im „revolutionären“ Eifer überheben, sich außerdem noch in Flugblättern unersöhnlich in Verbattigungen gegen die Verbandseleitungen „betätigen“, sind in letzter Zeit Fälle bekannt geworden, die deutlich aufzeigen, wenn sie gefällig und nichtig sind. So konnte die Metallarbeiterzeitung kürzlich von diesen revolutionären Selben eine Gefinnungsumperle aus Licht der Öffentlichkeit bringen. Im Saargebiet suchten die aus dem deutschen Metallarbeiterverband ausgestreuten Nachkommen bei der französischen Behörde um Erlaubnis zur Migration für ihre „freie“ Vereintigung nach, wobei diese frammen Massenlämber in sehr ergebener, kriegender Art beteuerten, daß sie sich durchaus im Rahmen der von der hohen Ententebehörde erlassenen gesetzlichen Bestimmungen bewegen wollten. Im Zentralverband der Angestellten liefert die organisierte „Opposition“ in ihrem Kampf gegen die „Schädlinge und Kleeber“ des Verbandes gleich fertige Flugblätter für die gelben Harmonieverbände der Angestellten. Ihre gegen den Zentralverband verfaßte Schmähchrift verfiel in Oberhieseln der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, das sind die artelkellerten Harmonieverbände, nur einfach mit dem Schlußab: „Darum heraus aus dem Zentralverband der Angestellten, hinein in den G. d. A., Ortsgruppe.“ Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband läßt in Mitgliederversammlungen des Zentralverbandes dieses Flugblatt durch seine Angehörigen verteilen. So steht die „revolutionäre“ Betätigung der Feindgenossenvertreter aus.

Auch in unserm Verbands treibt die „organisierte“ Arbeit der zielbewußten Opposition die gleichen Giftblüten. Die Verbandsblätter der „Christlichen“ reorganisieren genau die Wünsche der kommunistischen Propagandabotmission und verfaumen nie, die graphischen Arbeiter darauf hinzuweisen, daß im Hilfsarbeiterverband bei solchen organisatorischen Verhältnissen und bei dem starken Widerstand gegen den Reichstaxi ihre wirtschaftlichen Interessen nicht gewahrt werden können. Andere „Erfolge“ hat die „geschlossene Opposition“ bisher noch nicht gehabt. Sie agitiert kräftig für die agrarischen Verbände und erschwert den Verbandsfunktionen ihre mitbevolle und aufopfernde Arbeit. Während der Urabstimmung über den Reichstaxi reiste einer ihrer Vertreter, das Delegationsmitglied Krummret, im Lande herum und „machte scharf“ gegen die Verbandsleitung und den Tarif. Es gibt kein Mittel, das nicht schädlich genug wäre, um von ihnen gegen alle Maßnahmen und Beschlüsse des Verbandsvorstandes gebraucht zu werden. Nichts, aber auch gar nichts ist ihnen recht. Immer und überall stellen sie „Arbeiter-

verrat" fest, schimpfen auf die hohen Schätzer der "Bonzen", die der Befreiung der Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch hindern im Wege stehen und mit den Unternehmern gemeinsame Sache machen.

Kein sachlich denkender Mensch wird aus ihren Phrasen klug und weiß nicht, wie sie es eigentlich besser machen wollen. Sie legen in den Berliner Versammlungen ellenlange Entschlüsse vor, in denen "mit Entrüstung zur Kenntnis genommen", darauf "unter schärfstem Protest Verwahrung eingelegt" und schließlich den Verhandlern und dem Vorstand "das größte Mißtrauen ausgesprochen" wird. Gewerkschaftliche Fähigkeiten gehen ihnen ab, sie haben sie jedenfalls noch nicht bewiesen. Die Wortführer der "Protagonisten-Interkommission", wie sie einer ihrer Anhänger selbst witzig bezeichnete, sind im Kriege reklamiert worden und haben sich selbst während der Revolution erdacht, sind also rechte "Novemberkinder". Der schon erwähnte Kollege K. äußerte einmal, daß er in erster Linie politische Aufführungsarbeit treiben müsse und die gewerkschaftliche Tätigkeit "noch so nebenbei mit" ausübe. Ein anderer Hebegehaltiger, Mitglied der Ortsverwaltung, besaß in einer Berliner Verwaltungssitzung, er habe von seinen Wählern den Auftrag erhalten, vor allem den Vorstand zu revolutionieren.

Es war unbedingt notwendig, die Vertreter der Reimzellenpropaganda kurz zu skizzieren, damit die Mitglieder wissen, wer die Betreffenden sind und mit welchen Mitteln sie die Organisation nach ihrem Willen "umformen" wollen. Die nächste Berliner Mitgliederversammlung soll nun über die vielumstrittene Frage "Moskau oder Amsterdam" entscheiden. Sie ist auch nur ein Vorspiel zu Wahlen der Berliner Ortsverwaltung. Wegen dieser Fragen Kollegen, die auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. für die Resolution über den Reichstakt gestimmt haben, ist ein großes Kesselreißen im Gange. Man will sie unbedingt aus dem Berliner Vorstand besetzen und an ihre Stelle "ramme Kommunisten drücken". Telle der Berliner Mitgliedschaft, die bis zum Paritättag der U. S. P. der Protagonistenkommission das Gesolde gaben, haben sich durch das Treiben der Kommunisten angewidert, von dieser Opposition juristisch gezogen und stehen nun, obgleich auch sie in der Frage der Arbeitsgemeinschaften einen anderen Standpunkt einnehmen als die Mehrheit der Verbandsmittelglieder, unter Ausschluss parteipolitischer Tendenzen auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit, wohl wissend, daß die Opposition der unterwühlenden Kommando stehenden Kommunisten die schwerste Gefahr für die Einheit der Gewerkschaften bedeutet. Viele ältere Mittelglieder haben sich verärgert zurückgezogen, meiden die Versammlungen und überlassen den Rabaukrüthern das Feld; denn jeder, der sich von Keibern der Opposition entgegenstellt, setzt sich zölibdären persönlichen Schmachtmäusen aus. Natürlich ist diese Lattstille Mensch sein und erst recht in heutiger Zeit Gewerkschaftler sein, heißt Kämpfer sein. Um sachliche Beweismittel können die Gegner der Reimzellenpropaganda nicht verlaßen sein. Jeder muß sich rücksichtslos diesen Verbandsschlingeln gegenüber durchsetzen. Die Verbandseitung aber, Vorstand und Beirat, wird sich über Mittel und Wege klar werden müssen, wie dem verbandsschlingelnden Treiben der Anhänger der Moskauer Internationale Einhalt geboten wird. Es muß hier hingewiesen werden auf

den Beschluß des Bundesauschusses, in dem es heißt: "Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit andern die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst."

Zehnte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

(Schluß.)

Ueber den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Genosse Absoff Cohen eine Reihe von Mitteilungen, und da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuss, eine 16 gliedrige Studienkommission einzusetzen. 10 Vertreter soll der Ausschuss bestimmen und 6 Vertreter sollen dem Asa-Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Bänderung der Beseitigungsnot leistete der Ausschuss in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungsstelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungsstelle weiterbeteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankenswährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterstüßungen sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuss auf Antrag des Genossen Simon (Schumacher), daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung nehmen und ebenfalls die Vorstände ihrer dortigen Mitgliedschaften veranlassen, sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die sachungsgemäßen Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinstützung der Mitgliederrechte der verläßt Arbeitenden. Die ungleiche Behandlung dieser Arbeitergruppen in den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig und die letzte Ausschüßung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sitzung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschüßung glauben jedoch nicht aus eigener Machtvollkommenheit diese ziemlich verwickelte Frage lösen zu können und vertagten die Erledigung bis zur nächsten Sitzung. Bis dahin sollen die Vorstände dazu Stellung nehmen.

Recht schnell wurde der nächste Punkt der Tagesordnung erledigt: Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften. Dazu hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgerufen. Eine der Folgen des Boykotts über Ungarn ist die, daß seitdem die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch

sind ihre Kräfte vollständig erschöpft worden durch die riesigen Protestkosten und die Unterstüßungen, die sie den Opfern des weißen Schreckens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Bruderverbänden schon namhafte Beträge bewilligt. Der Ausschuss beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliedsbeitrages vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird in ungarische Kronen umgerechnet bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Die Auslegung des Friedensvertrages durch die Entente hat, wie bekannt, schon zu vielen Färten geführt, die in Deutschland den Eindruck erwecken, als sei es der Entente weniger um eine gewissenhafte Erfüllung des Vertrages zu tun, als darum, alle Bestrebungen des deutschen Volkes bezwecklich zu machen, sich aus seinem Stund emporzuarbeiten. Den neuesten Verweirungen der Entente auf diesem Gebiete setzte der Ausschuss folgende Resolution entgegen:

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, das ist die Vertretung von mehr als 10 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, erheben Protest gegen die sorgfältigen systematischen Störungen und Beinträchtigungen des deutschen Wirtschaftslebens, wie sie ständig hervorgerufen werden durch die Versuche der Ententeregierungen und ihre Vertretungen in Deutschland, den Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages immer neue und immer rigorosere Auslegungen zu geben oder neue Forderungen aufzustellen, die weder rechtlich noch tatsächllich begründet sind.

Den Bemühungen der Gewerkschaften, die vorhandenen Luftschiffhallen und andere Anlagen friedlichen, der sozialen Wohlfahrt und insbesondere sozialhygienischen Zwecken zuzuführen, unter vollständiger Entfaltung ihres militärischen Charakters, hat die Entente ein glattes "Nein" entgegengesetzt; sie besteht darauf, daß diese Baulichkeiten zerstört und damit Milliarden an Werten sinnlos vernichtet werden müssen, während es dem deutschen Volke an den notwendigen Hilfsmitteln für Millionen seiner unterernährten und in ungesunden Wohnungen dahinsiechenden Frauen und Kinder fehlt.

Raum ist die Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren abgewehrt, erhebt die Entente von neuem Forderungen, die auf die vollständige Vernichtung der deutschen Luftverkehrsinidustrie hinauskommen, obwohl nach Artikel 201 des Friedensvertrages Deutschland durchnaus berechtigt ist, sechs Monate nach Friedensschluß Luftfahrzeuge für Friedenverkehr zu bauen.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben wiederholt erklärt, daß sie gewillt sind, an der eifrigen Erfüllung des Versailleser Vertrages mitzuwirken. Ohne diese Mitwirkung ist die Erfüllung unmöglich. Durch derartig rigorose Maßnahmen der Ententeregierungen wird jedoch dieses Bestreben der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft systematisch untergraben und letzten Endes unmöglich gemacht. Die vorgeannten Körperschaften richten daher an die

Von der Schraubenpresse zur Rotationsmaschine

Von L. H. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Die Erfindung und Entwicklung der Buchdruckerkunst wird durch die Verwendung zweier technischer Elemente gekennzeichnet: einerseits der beweglichen und auswechselbaren Lettern, die zum beliebigen Schriftsatz zusammengestellt werden können, andererseits der Presse, vermittelst der das Papier auf den eingefärbten Schriftsatz gedrückt und so der Abdruck erzeugt wird. Die Ausbarmachung dieser beiden technischen Elemente für die Zwecke der Schriftenservervielfältigung war das eigentliche Neue und Schöpferische in der Erfindungsart Gutenbergs, wodurch er als unbefruchteter Erster den Grund zur Buchdruckerei gelegt hat, und in der weiteren Ausbildung und Vervollkommnung jener beiden Elemente bestand seit Gutenberg im wesentlichen die weitere technische Entwicklung der Buchdruckerkunst. Gutenberg fand das Vorbild für seine Buchdruckerpresse in der uralten Schraubenpresse vor, die schon im Altertum zum Auspressen von Wein und Öl diente und als Weinteller auch im Mittelalter viel verwandt wurde. Nach einem solchen Weinteller soll Gutenberg die von ihm gebaute erste Presse zum Buchdruck hergestellt haben, ohne viel Änderungen vorzunehmen. Die wichtigste Veränderung war, daß er die Presse mit einem zweckmäßigeren Zughebel (Pressenackel) versah, der es ermöglichte, den sehr starken Druck, der zum Schriftdruck benötigt wurde und der erheblich größer sein mußte als der Druck zum Auspressen von Wein oder Ölsamen, zu erzeugen. Diese älteste und noch nahezu primitive Form der Druckerpresse blieb völlig un geändert sowohl seitens Gutenbergs selbst wie auch seiner Mitarbeiter und ersten Nachfolger in Gebrauch, und noch um das Jahr 1500 herum, also bereits ein volles Halbjahrhundert nach der Erfindung der Buchdruckerei, finden wir in dem Druckerzeichen des Pariser Buchdruckers Jobocus Habius eine Wiedergabe dieser ältesten Form der Druckerpresse, die zugleich die erste Abbildung einer solchen darstellt, die uns bekannt geworden ist. Unfere

Abbildung 1 zeigt uns die zum Buchdruck verwandte älteste Schraubenpresse nach dem Schriftzeichen des genannten Pariser Buchdruckers. Die Vorrichtung bestand aus zwei starken, aufrecht stehenden Balken, Wangen genannt, die oben durch einen Querbalken, die Krone, verbunden waren. Auf einem unteren Verbindungsbalken

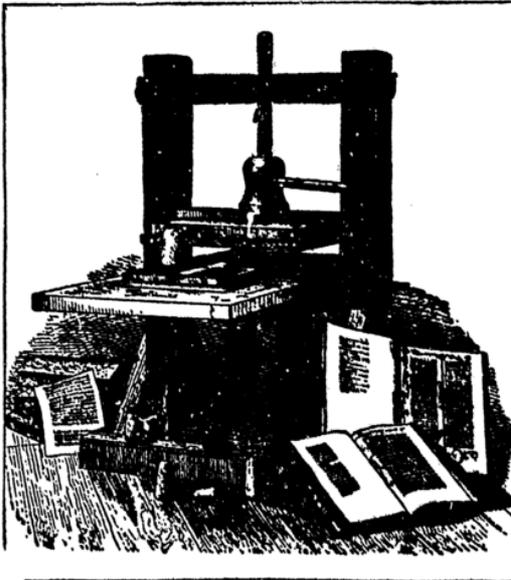


Abbildung 1. Gutenbergs erste Druckerpresse.

befanden sich die Schienen, auf denen die Druckform vermittelst Karrens ein- und ausgehoben wurde. Ueber der Druckform befindet sich eine starke Platte, der Leigel, die von dem unteren Ende einer mächtigen Presszylinder gehalten wird und durch Drehen derselben in auf- und niedergehende Bewegung versetzt werden kann. Das

Anziehen der Spindel erfolgte vermittelst eines starken, in die Spindel eingreifenden Hebels, des Presshebels, und erforderte eine sehr bedeutende Kraftanstrengung der bedienenden Arbeiter. Durch Anziehen des Presshebels wird der Kiebergang des Leigels bewirkt und dadurch ein bedeutender Druck bestanden auf die Form ausgeübt.

Diese älteste Form der Buchdruckerpresse erfuhr dann eine Reihe von Verbesserungen, die zwar an der Art ihrer Arbeitsweise nichts änderten, wohl aber eine größere Erattlich und Sicherheit derselben bewirkten. Der die Druckform tragende Karren, der ursprünglich mit der Hand ein- und ausgehoben wurde, wurde fahrbar eingerichtet, indem er mit einer Kurbel und einem Treibgurt in Verbindung gebracht wurde. Durch Drehen der Kurbel konnte er nunmehr ein- und ausgefahren werden, was die Arbeit an der Presse nicht nur erleichterte, sondern auch beschleunigte. Statt des einen Querbalkens, durch welchen die Schraubenspindel geführt wurde, wurden deren zwei in einem gewissen Abstände untereinander angebracht, wodurch die Bewegung der Spindel eine sichere wurde, auch die Anwendung zum Einlegen und Festhalten des Papierbogens auf eines größeren Druckes möglich war. Vorrichtungen der Form traten ebenfalls hinzu. Ein notwendiges Zubehör zur Presse war ferner ein in deren unmittelbarer Nähe stehender kleiner Tisch, auf welchem die Farben dünn ausgefrischten und vermittelst Leberballen auf die Typen aufgetragen wurden. Diese ältesten Druckerpressen waren, wie auch nahezu alle anderen maschinellen Vorrichtungen jener Zeit, noch nahezu vollständig aus Holz gebaut, und ihre Herstellung war daher Tischler- oder Zimmermannsarbeit, ebenso wie diese Handwerker damals noch die Maschinenbauer für die meisten anderen Gewerbe waren. Im Verhältnis zu ihren Leistungen waren jene alten Schraubenpressen der Buchdrucker sehr große Kunstwerke, die den größten Teil der Buchdruckerkraft einnahmen, und das Arbeiten an ihnen war umständlich und schwierig. Mit aller Kraft mußten die Arbeiter an der Presse den Presshebel an sich ziehen, indem sie mit zurückgebeugtem Oberkörper den Fuß gegen den Antritt stemmten. Diese große Beanspruchung erzeugte oftmals Beschädigungen und Störungen, und die Plagen der Buchdrucker aus jener Zeit über diese Fehler ihrer Pressen sind nicht

Arbeiter und Angestellten in den Ententeländern die bringende Aufforderung, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzuwirken, daß solche schlanfen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausbleiben.

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hatte sich schon die vorige Ausschussung beschäftigt und die Einsetzung einer Kommission beauftragt, die in Gemeinschaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage näherzutreten soll. Im Auftrage dieser Kommission berichtete Genosse Brey (Fabrikarbeiter). Die Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, sind so mannigfaltig und so schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu vorbereitet. Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß noch ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsfrage leitete der Genosse Umbreit ein. Es handelt sich dabei bekanntlich zunächst um die Sozialisierung des Rohstoffbergbaus. Der Redner besprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorschläge und die Bemühungen der Gegner der Sozialisierung, diese zum mindesten auf die lange Bank zu schieben. In der Aussprache wurde unter anderem die große Gefahr hervorgehoben, die darin besteht, daß auch eine Vollsozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgenutzt werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschaftliche Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige taktische Fragen. Der Ausschuss entschied sich für Einsetzung einer Kommission, die in diesem Zweige mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die schwierige Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Bergbau zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergewissert, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinen- und Feiler, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachbeder, Sattler, Maler, Transportarbeiter, Eisenbahner und Gärtner beschäftigt sind. Die umfassende Zusammensetzung des Bergarbeiterverbandes ist die Aufgabe dieser Gewerkschaften ein zu einer am 1. Januar in Berlin abgehaltenen Besprechung.

Die Gewerkschaftsangelegenheiten sind nun und ferner sehr überlastet und besonders groß ist, wie allseitig anerkannt wurde, die Überlastung bei den leitenden Angestellten des Bundesvorstandes. Eine Abhilfe durch Anstellung weiterer Kräfte konnte bisher nicht geschaffen werden, weil dem Bundesvorstand dazu teils die Mittel, teils auch die Räumlichkeiten dazu fehlen. Um den allerdringendsten Anforderungen ein wenig entgegenzukommen zu können, schlug der Bundesvorstand vor, zunächst einen weiteren Sekretär anzustellen. Die Berufung einer weiteren Kraft bleibt vorbehalten. Ferner erhielt er die Ermächtigung, außerdem eine Kraft für die Ausgestaltung der sozialpolitischen Abteilung anzustellen. Zum Sekretär wurde Genosse Robert Schmidt gewählt. Eine sehr günstige und trotz gelegentlicher sachlicher Meinungsverschiedenheiten vom besten kamerab-

schaftlichen Geiste getragene Aussprache entspann sich bei dem Tagesordnungspunkt Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Hierzu hatte Genosse Dörmann (Metallarbeiter) das einleitende Referat übernommen. Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Rohpolitik nicht weiter kommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Vertiefung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bebauerten Schwierigkeiten die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen. Die Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter größerer, mittlerer und kleinerer Gewerkschaften beteiligten, war sehr fruchtbringend. Sie wird in der nächsten Zeit in der Gewerkschaftspresse noch ihre Fortsetzung finden.

Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt berichtete das Bundesvorstandsmitglied Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) über die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopparbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Wie weit eine solche Zusammenfassung reichen soll, darüber gehen die Meinungen noch recht weit auseinander, um so mehr, da es Verufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwierigkeiten verursacht. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner (9500 Mitglieder) wurde in den A. D. G. B. aufgenommen.

Ein den soeben vorher behandelten Fragen verwandtes Gebiet behandelte der Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisation. Versichertatter war Genosse Dörmann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und bemüht, dem Gebot der Zeit Rechnung zu tragen. Sie wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen können. Einleitend sind noch weitere Verhandlungen nötig und der Redner ersuchte die Verbandsvorstände, den Einladungen dazu zu folgen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerkschaftsrechts. Da der verordnete Genosse Bringham Mitglied dieser Kommission war, wurde der Zimmererverband ersucht, einen neuen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

In vorkurierter Zeit entspann sich noch eine längere Auseinandersetzung über die Schlichtungsordnung. Genosse Adolf Cohen (Bundesvorstand) berichtete über den Gesetzentwurf, soweit er bis jetzt vorliegt. Die Mitwirkung der Gewerkschaften hat erfreuliche Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs ergiebt und es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstag sein, dafür zu sorgen, daß die bisher ausgebrochenen Missstände bei den Verhandlungen im Reichstag nicht wieder eingetret werden. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung der Schlichtungsbesprüche und über etwaige Streiks in gemeinnützigen Betrieben. Es soll natürlich versucht werden, in betreff der noch vorhandenen Bestimmungen, die der Arbeiterschaft nachteilig sind, eine zweckdienlichere Lösung zu finden.

Es war eine sehr umfangreiche und wichtige Tagesordnung, die der Ausschuss diesmal zu erledigen hatte, und daß sie mit Ausnahme der noch nicht spruchreifen Sachen erledigt werden konnte, ist nur der Arbeitsfreudigkeit und dem kameradschaftlichen Zusammenwirken sämtlicher Teilnehmer zu danken. Die Ausschuss-

mitglieder gingen in dem Gefühl auseinander, wieder einmal ein Stück praktischer Gewerkschaftsarbeit verrichtet zu haben.

Lebenshaltung und Löhne

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Februar 1920 bildet einen Markstein in der deutschen Reichsstatistik. In diesem Monat wurden zum ersten Male — nach einem nicht ganz glücklichen Versuch im November/Dezember 1919 — Löhnergebnisse gewonnen. In diesem Monat wurde auch die erste allgemeine Lohnerhebung durchgeführt. Die Löhnergebnisse wurden Ende August veröffentlicht. Die Löhne sind erst für einige wenige Gewerbe bekanntgegeben. Immerhin liegt schon genügend Zahlenstoff vor, um sich ein ungefähres Bild von dem Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 machen zu können. Für den Durchschnitt aller deutschen Städte über 10 000 Einwohner betrug damals die Löhnergebnisse 621. Das bedeutet: der vom statistischen Reichsamte angenommene Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtstoffen und Wohnraum kostete 621 Mark. Für Groß-Berlin betrug die Löhnergebnisse 659, d. h. 165 Mk. pro Woche. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß sich nach meinen Berechnungen die Kosten des wöchentlichen Existenzminimums für die gleichen Bedürfnisse einer vierköpfigen Familie auf 121 Mark stellten. Das Weniger gegenüber der Reichsstatistik erklärt sich dadurch, daß ich nur mit einer vierköpfigen Familie rechne und eine noch anspruchsvollere Ernährung zugrunde lege. Unter Einbeziehung aller in der Reichsstatistik nicht berücksichtigten lebensnotwendigen Ausgaben (Bekleidung, Wäsche, Heizung, Hausrat, Fahrgele, Steuern usw.) kam ich für den Februar zu einem Existenzminimum von insgesamt 254 Mk. Demgegenüber ergab die Reichsstatistik als durchschnittlichen Wochenverdienst des erwachsenen männlichen Arbeiters in Groß-Berlin:

Baugewerbe	175 Mk.
Glas- und keramische Industrie	171 "
Industrie der Oele und Fette	160 "
Leberindustrie	199 "

Setzt man den Gesamtdurchschnitt für alle erwachsenen männlichen Arbeiter in Groß-Berlin auf 170 Mk. an, so wäre er um etwa ein Drittel geringer gewesen als die damaligen Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie (254 Mk.). Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß daselbst Existenzminimum im letzten Vorjahresjahre mit knapp 29 Mk. um reichlich ein Sechstes geringer war als der damalige Durchschnittsverdienst von rund 35 Mk.

Es wirt sich nun die Frage auf, ob das Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 besonders ungünstig war. Diese Frage ist bei dem Mangel an zuverlässigem Material schwer zu beantworten. Im August 1919 habe ich den Durchschnittsverdienst der männlichen erwachsenen Arbeiter in Groß-Berlin auf 100 Mk. geschätzt. Das wöchentliche Existenzminimum mag damals etwa 130 Mk. betragen haben. Der Verdienst wäre also um annähernd ein Viertel geringer gewesen als die Kosten des Existenzminimums. Im Frühjahr 1920 aber war das Verhältnis noch un-

grade selten. Um solche Beschädigungen nach Möglichkeit zu vermeiden und der Presse eine größere Widerstandsfähigkeit zu verleihen, wurde diese immer größer und stärker gebaut, einzelne Teile, die besonders großer Beanspruchung ausgesetzt waren, wurden aber auch allmählich aus Metall gefertigt. Unsere Abbildung 2 zeigt uns eine Druckerpresse aus dem 16. Jahrhundert und als Arbeiten an dieser. An dieser Presse sind schon die oben erwähnten Verbesserungen erkennbar, besonders die doppelten Kronenrollen und die zweidmähigere Einrichtung des Karrens zum Einfahren der Druckform. Auch sind bei den Pressen dieser Art Pressform, Schraubenspindel und Pressbengel bereits aus Metall hergestellt; im übrigen aber ist auch hier die Konstruktion- und Arbeitsweise noch genau dieselbe wie bei den ältesten Pressen zu Gutenberg Zeiten, was vor allem aus der Anwendung und Funktion der Schraubenspindel ersichtlich ist, durch welche auch diese Druckmaschine immer noch als Schraubenpresse gekennzeichnet ist.

Das Arbeiten an dieser Presse war noch äußerst umständlich, schwierig und zeitraubend. Um so mehr Anerkennung und Bewunderung verdienen die aus jener Zeit stammenden Druckwerke, die trotz ihrer noch so einfachen Druckvorrichtungen mit zu den künstlerisch hervorragendsten Erzeugnissen der Buchdruckerkunst gehören, als sogar schon von den ältesten Druckerzeugnissen, die von Gutenberg selbst oder aus dessen Zeit stammen. Wie einfach, ja nahezu primitiv und daher umständlich und zeitraubend das Arbeiten an diesen Pressen war, geht wohl am besten daraus hervor, daß die Form noch nicht mit einem Male abgedruckt werden konnte, weil bei dem Druck vermittelnde Ziegel nur etwa so groß wie die Druckform war. Daher wurde der Druckform tragende Karren erst zu einer Hälfte unter den Ziegel gebracht und diese durch Anziehen des Pressbengels gedrückt, worauf der Ziegel gehoben und die zweite Hälfte der Form unter den Ziegel gebracht und gedrückt wurde. Zur Erzeugung eines Druckes war so ein zweimaliges Anziehen des Pressbengels erforderlich. Meistens arbeiteten zwei Drucker zugleich an der Presse: einer, der das Ein- und Ausfahren des Karrens sowie das Anziehen des Pressbengels bewirkte, der „Pressmeister“, und ein anderer, der die Farben verteilte und diese vermittelst Federbalken auf die Lettern auftrug, der „Ballenmeister“. Bei dieser Arbeitsweise

konnten von den beiden Arbeitern zusammen an einem Tage doch immerhin gut 2000 Abdrücke erzielt oder 1000 zweifach bedruckte Bogen gedruckt werden, und geübte Leute brachten es wohl auch auf 3000 Drucke oder 1500 Blätter.

Am dreieinhalb Jahrhundert erhielt sich die Druckerpresse in dieser einfachen Form der Schraubenpresse als Werkzeug der Buchdruckerkunst, und die wenigen Ver-

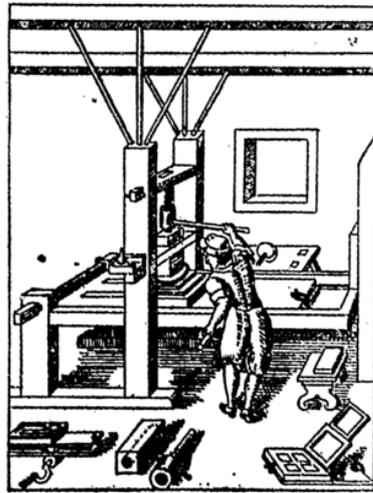


Abbildung 2. Druckerpresse aus dem 16. Jahrhundert.

besserungen, die während dieser langen Zeit an ihr vorgenommen wurden, ähnelten an der einfachen Bauart und Arbeitsweise so gut wie nichts. Während die Druckereizugnisse, vor allem Wälder, einen wachsenden Grad der kunstgewerblichen Ausprägung und typographischen Selbstheit aufwiesen, blieben die Einrichtungen und Hilfsmittel der Buchdrucker selbst nahezu völlig dieselben. Um das Jahr 1620 beschäftigte sich der Buchdrucker Wilhelm Bläw in Amsterdam mit Verbesserungen

der Druckerpresse. Bläw entkamte einem alten Drucker-geschlecht und unterhielt eine für die damalige Zeit sehr bedeutende Druckerei, in der an 40 Arbeiter beschäftigt waren und die als die bedeutendste und schönste Druck-offizin in ganz Europa galt. Die Tätigkeit Bläws zur Verbesserung der Presse erstreckte sich vor allem auf die Verbesserung des Zugs, den er mit einer elastischen Vorrichtung versch, durch welche auch wirklich eine Erleichterung der Arbeitsweise bewirkt wurde. Für seine Druckerei stellte Bläw, der übrigens auch ein gelehrter Astronom und Mathematiker war und als solcher einen Ruf genoss, neun solcher Druckpressen auf, die er nach den neun Museen benannte. Ueberhaupt finden wir in jener Zeit oftmals die Gelehrten zugleich als Drucker tätig, um sowohl ihre eigenen Werke wie auch solche von anderen zu drucken oder doch wenigstens den Druck zu leiten und dessen möglichst genaue und saubere Ausführung zu überwachen, und einzelne Gelehrte stellten sogar das Papier für ihre Schriften selbst her. Damals war eben die Herstellung eines Buches noch ein Ereignis von wenigstens persönlicher Bedeutung, sehr im Gegensatz zu unserer Zeit, in der durch die so unendlich vervollkommenen Druckvorrichtungen auch die Herstellung der Bücher zur Massenfabrikation geworden ist.

Eine Verbesserung von erheblicher größerer Bedeutung als die vorerwähnte schuf dann gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Schriftgießer Wilhelm Haas aus Basel, der der hervorragendsten schweizerischen Druckerfamilie jener Zeit entstammte. Sein Verdienst um die Buchdruckerkunst bestand darin, daß er diese zum ersten Male in nahezu allen Teilen aus Eisen herstellte. Haas hatte seine Presse einem Präger nachgebildet, wie sie zum Münzprägen verwendet wurden, und wie bei einem solchen hatte er auch bei der von ihm gebauten Druckerpresse den Druck erzeugenden Zughebel oberhalb des gußeisernen Stiefels angebracht. Auch verschaffte er den Presshebel mit einer eisernen Schwingkugel, der eine größere Wucht des Anziehens bewirkte und dadurch den Druck verstärkte. Die Presse ruhte auf einem mächtigen Steinblock. Eine weitere Verbesserung bestand darin, daß Haas zum ersten Male den Ziegel so groß wie die ganze Druckform machte, wodurch es möglich wurde, die ganze Form, die, wie oben dargestellt, bis dahin in zwei Zügen gedruckt werden mußte, nunmehr in einem einzigen Zuge zu drucken, was eine erhebliche Beschleunigung der Arbeit mit sich brachte.

(Fortsetzung folgt.)

ähnlicher als im Februar 1920, denn die Kosten des Existenzminimums stiegen auf 322 M. im März und auf 375 M. im April, ohne daß die Löhne entsprechend erhöht wurden. In der Folgezeit trat dann wieder eine Erleichterung ein, da die Lebenshaltung etwas billiger wurde, während die Löhne weiter stiegen. Für den November 1920 schätze ich den durchschnittlichen Wochenverdienst auf 240 M.; die Kosten des Existenzminimums betragen 316 M. Der Verdienst war also, ähnlich wie im August 1919, um etwa ein Viertel geringer als die Kosten des Existenzminimums.

	Wöchentliches Existenzminimum	Wöchentlicher Verdienst
August 1913/Sept. 1914	29	1
August 1919	130	4 1/2
Februar 1920	254	9
November 1920	316	11
		etwa 35
		100
		170
		240

Darf man daraus schließen, die Lage der Groß-Berliner Arbeiterschaft sei heute die gleiche wie im August 1919 und besser als im Februar 1920? Das wäre nicht richtig. Im August 1919 hatten sehr viele und im Februar 1920 immerhin noch recht zahlreiche Arbeiterfamilien hinreichend Kleidung, Schuhwerk und Wäsche, um zur Not ohne die Neuanfassungen, die an sich erforderlich waren und die in den Berechnungen des Existenzminimums selbstverständlich einbezogen sind, auskommen zu können. Heute ist das aber nur noch vereinzelt der Fall. Heute müssen die meisten Arbeiterfamilien Neuanfassungen vornehmen, wenn sie nicht elend verkommen wollen, und deshalb ist heute ein Leben mit einem Verdienst, der erheblich hinter den Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, viel qualvoller als vor einem Jahre.

Aus unseren Zahlstellen

Breslau. In der am 7. Dezember 1920 im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen, gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung ergriffen der Kollege Kornel-Berlin den Bericht über den Abschluß des Reichstaxtarifs. In ausführlicher zweifelhäufiger Rede gab der Referent ein anschauliches Bild von dem Gange der Verhandlungen. Er ersuchte am Schlusse seiner Ausführungen die versammelte Kollegenschaft, genau zu prüfen, ob der neugeschaffene Tarif annehmbar ist oder nicht und bei der Abstimmung demgemäß zu handeln. Gauleiter Kollege Reinhold schloß sich im allgemeinen den Worten des Redners an und empfahl die Annahme des Tarifs, welcher uns in vielen Punkten wesentliche Verbesserungen bietet. Als 2. Punkt stand die Erhöhung des Ortsbeitrages um 10 bzw. 20 Pf. ab 1. Januar 1921 pro Kopf und Woche auf der Tagesordnung. Nach Begründung und Anerkennung der Notwendigkeit derselben wurde die Annahme des Antrages einstimmig beschlossen. Unter Verschiedenes wurde eine fünfstellrige Kommission gewählt, welche die Auszählung der Stimmzettel vorzunehmen hat und außerdem noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt.

Wrieg. Am 15. November fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Gahn berichtete über die Verhandlung betreffs Steuererhöhung und Anerkennung des Reichstaxtarifs. Es war schwierig, die Prinzipale dazu zu bewegen, die Forderungen anzuerkennen, da alle Kollegen und Kolleginnen längere Zeit dem Buchbinder-Verband angehört und die Unternehmer die Vereinbarungen der Buchbinder auch für die Hilfsarbeiter als verbindlich ansehen wollten. Obwohl später Kollege Gahn die Mitgliederliste unseres Verbandes einreichte, konnte auch dann nicht eine bestimmte Erklärung von den Prinzipalen erlangt werden. Am 2. Dezember wurde unser Gauleiter Reinhold aus Breslau bei der Firma Feinze vorstellig, um die Steuererhöhung durchzusetzen. Zur selben Zeit waren auch Verhandlungen mit dem Buchbinderverband, die ergebnislos verliefen. Für unsere Mitglieder wurde eine 15prozentige Zulage und

Nachzahlung am 1. November durchgeführt. Die Lohn-erhöhung beträgt 6.— M. bis 21.— M. und hat Geltung bis zum 31. Januar 1921. Um die Einführung des Reichstaxtarifs durchzuführen, müssen alle Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, daß alle in unserem Beruf Beschäftigten unserer Organisation angehören. Auch diese letzte Zulage ist nur erreicht worden durch festen Zusammenhalt in unserm Verband.

München. Nach dem Verbandstage in Frankfurt am Main war es, als der eifrig für die kommunistischen Kreismassen wirkende damalige Kollege, jetziger Reisende, Karl Höfler sich nicht genug eifern konnte über die unerhörte Geldverschwendung der Gewerkschaftsbürokraten durch den auf dem Verbandstag gefassten Beschluß der neuen Zusammenfassung des Verbandsvorstandes. Die von den Verrätern der Arbeiter irreführenden Kollegen wollte er wieder auf den richtigen Weg bringen indem er ihnen zurief: "Ich werde die geistige Führung der aufgelierten Minderheit in München übernehmen!" Er schlug sich dann selbst als Beiratsmitglied vor, ohne daß die Mitglieder in München seinem Wunsch Rechnung trugen. Einige Wochen darauf gelang es dann, den vom Kommunismus tief beiseiten Höfler, der durch seine Verbrechen oft genug zur frühzeitigen Entleerung unserer Versammlungen beitrug, in Theorie und Praxis den Mitgliedern vor Augen zu führen. Seit dieser Zeit war seine Rolle in München zum Verdruss der übrigen Opposition unseres Verbandes, die ja noch auf dem Verbandstage ihn unter ihren Schutz nehmen zu müssen glaubte, ausgepielt. Unter dem 31. Dezember 1920 geht nun durch die Münchener Tagespresse folgende Notiz: „120 000 M. heraus-geschwindelt. Der 1892 in Fürth geborene in München wohnende Reisende Karl Höfler erließ kurz vor Weihnachten eine Anzeige, in der er von einem Selbstgeber ein Darlehen von 120 000 Mark suchte. Auf die Anzeige meldete sich ein Kaufmann, dem Höfler erzählte, daß er das Geld bei einem Bauern nächst Landau an der Isar gegen Goldgeld umzuwechseln könne. Die beiden fuhren nach Landau. Höfler führte den Kaufmann zu einem Anwesen, vor dem er das Geld mit dem Bemerkten abnahm, daß er das Geld gleich bringen werde. Der Schwindler suchte durch einen räudwärtigen Ausgang das Weite.“ Es folgte dann noch die fleißigste Personalbeschreibung, die wir uns denken können. Kommentar können sich nun unsere Leser selbst machen.

Ausgaben

Ueber Steuererhöhungen der graphischen Arbeiter in der Tschechoslowakei berichtet der „Gutenbergs“, das Verbandsorgan der Buchbinder in der böhmischen Republik. Die Zulagen, die ab 3. Januar gezahlt werden, sind nach drei Ortschaften gestaffelt und sowohl für die Gehilfen des Buch- und der sämtlichen Zweige der Lithographie und des Steinbruchs als auch für die Hilfsarbeiter festgelegt worden. Die Zulagen für das Hilfspersonal sind nicht nur nach vier Ortschaften abgestuft, sondern sehen auch Unterschiede nach dem Alter und der Beschäftigungsart vor. Die vereinbarte Erhöhung der Zulagen beträgt 40 Prozent der im Dezember 1919 festgesetzten Sätze. Für die Kolleginnen kommen bei der Berechnung der Zulagen vier Stufen in Betracht, während für die Hilfsarbeiterinnen zwölf Lohnstufen vorgesehen sind. Eine Forderung der Organisationsvertreter auf besondere Weihnachtzulagen wurde von den Unternehmern mit der auch bei uns zur Genüge bekannten Begründung abgelehnt, daß die finanziellen Verhältnisse des Betriebes eine solche Belastung nicht tragen können.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, in Volkstrassen kurz GEG genannt, besteht nunmehr 27 Jahre und hat während dieser Zeit ihres Bestehens planmäßige, fruchtbringende Arbeit dadurch geleistet, daß sie den deutschen Konsumgenossenschaften und den ihnen

angeschlossenen Verbrauchern für weit über 6 Milliarden Mark Waren in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen lieferte. Davon ist ein nicht geringer Teil in ihren eigenen Fabriken mit erstklassigen hygienischen Einrichtungen und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen hergestellt worden.

Etwa 1 Milliarde und 300 Millionen Mark wird der Umsatz der GEG im Jahre 1920 betragen, wovon allein für mehr als 180 Millionen Mark Waren in den eigenen Fabriken hergestellt wurden.

Die GEG unterhält zurzeit außer ihrer Zentrale und mehreren Lagern in Hamburg noch Niederlassungen mit eigenen Lagern in Gröda (Sachsen), Berlin, Breslau, Düsseldorf, Nürnberg und Mannheim. Weitere Niederlassungen sind in Vorbereitung für Stuttgart und Königsberg. Sie unterhält ferner 2 Seifenfabriken, 3 Zigarettenfabriken, 1 Kautschuffabrik, 1 Fabrik für Tabakfabrikate, 1 Zigarettenfabrik, 1 Leinwandfabrik, 1 Zündholzfabrik, 1 Kistenfabrik, 1 Weberei, 1 Lederwaren- und Schokoladenfabrik, 1 Fabrik für Wäffel, Kontor- und Labeneinrichtungen, 1 Bürstenfabrik, 1 Torfmoorausbeutung, 1 Kaffeezentrifuge, 1 Gewürzmühle nebst einer Reihe von Verblüßbetrieben, Badereien usw.

In Vorbereitung sind: die Einrichtung einer Sanitärzentrale in Chemnitz und einer Fischindustrie in Altona mit Räucher-, Wästel- und Marinieranstalt. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe war zu einem wesentlichen Teile bereits vor dem Kriege geplant und soll mit aller Energie in die Wege geleitet werden, sobald die Möglichkeiten, besonders bezüglich des Bauens, gegeben sind. Die Leitung der GEG widmet ständig dem Ausbau und der Ausdehnung der Eigenproduktion ihre ganz besondere Aufmerksamkeit.

Zur Erfüllung ihrer, für die Verbraucher so gemein wichtigen Aufgaben bedarf die GEG aber heute mehr denn je ganz bedeutender Mittel. Deshalb legt sie jetzt eine Obligationenleihe zur Zeichnung auf, die mit 5 1/2 Prozent im Jahr verzinst wird und die in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10 000 Mark zu haben ist.

Allen Genossenschaften und Gewerkschaften, die dazu irgendwo in der Lage sind, empfehlen wir dringend die Zeichnung dieser Anleihe. Sie ist eine gute und sichere Kapitalanlage. Außerdem erweist man der organisierten Verbraucherschaft und damit sich selbst den besten Dienst, wenn man den Konsumverein der Konsumvereine unterstützt, weil damit auch die für die Verbraucher so überaus wichtigen Bestrebungen seitens der GEG gefördert werden.

Gedruckte Bedingungen nebst Zeichnungsscheinen sind in den Konsumvereinen erhältlich, werden aber auf Wunsch auch direkt von der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Besenbinderhof 52, zugesandt.

Eingegangene Druckschriften

Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1919. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. Stuttgart 1920. Selbstverlag des Verbandes.

Protokoll des 1. Verbandstages der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Preis 4.— M. Berlin 1920. Selbstverlag des Verbandes, Berlin N. 24.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Maria Joller sowie ihrem lieben Bräutigam den herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Lahr.

Unserer Kollegin Hedwig Meier und ihrem Bräutigam Herrn Emil Rost die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Zahlstelle Waldenburg.



Zeilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufragen bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52